



Erste Auswirkungen der Corona-Pandemie in der amtlichen Statistik

a) Schuldenstatistik

Das Statistische Bundesamt hat am 30.06.2020 mitgeteilt (**Anlage 1**), dass die Corona-Pandemie erste Auswirkungen auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte zeigt. So war der Öffentliche Gesamthaushalt von Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung (einschließlich aller Extrahaushalte) beim nicht-öffentlichen Bereich (Kreditinstitute sowie sonstiger inländischer und ausländischer Bereich, zum Beispiel private Unternehmen im In- und Ausland) zum Ende des 1. Quartals 2020 mit 1.955,4 Mrd. Euro stärker verschuldet als am Ende des 4. Quartals 2019. Demnach stieg auf Basis vorläufiger Ergebnisse der Schuldenstand gegenüber dem 4. Quartal 2019 um 3,0 % beziehungsweise 56,2 Mrd. Euro an. Gegenüber dem 1. Quartal 2019 stieg der Schuldenstand um 1,5 % (28,3 Mrd. Euro).

Die Verschuldung des Bundes stieg in diesem Zeitraum um 2,6 % beziehungsweise 31,2 Mrd. Euro auf 1.220,3 Mrd. Euro an.

Die Länder waren zum Ende des 1. Quartals 2020 mit 602,4 Mrd. Euro verschuldet. Das entspricht einem Anstieg um 4,0 % beziehungsweise 23,3 Mrd. Euro gegenüber dem Vorquartal. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich: In Bremen stiegen die Schulden um 27,1 %, in Sachsen um 22,0 %, in Bayern um 19,5 % und in Sachsen-Anhalt um 5,6 %. Der starke Anstieg in Bremen ist vor allem durch eine Schuldenaufnahme für die Bereitstellung von Barsicherheiten für Derivate und den Aufbau von Rücklagen für den zukünftigen Ausgabenzuwachs zur Abfederung der Coronakrise begründet. In Sachsen wurden mit Blick auf zukünftige Liquiditätsengpässe vorsorglich Kassenkredite aufgenommen. Zur Bewältigung der Coronakrise wurden in Bayern 2,5 Mrd. Euro Wertpapiersschulden zusätzlich aufgenommen.

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände stieg gegenüber dem 4. Quartal 2019 um 1,4 % beziehungsweise 1,8 Mrd. Euro auf 132,6 Mrd. Euro. Auch hier war die Entwicklung unterschiedlich: Die Schulden stiegen in Hessen (+4,5 %), Schleswig-Holstein (+3,7 %) und Rheinland-Pfalz (+3,1 %) besonders an. In Sachsen-Anhalt betrug der Anstieg bisher noch moderate + 0,3 %. Dagegen sanken die Schuldenstände insbesondere in Sachsen (-8,7 %), Saarland (-5,3 %) und Bayern (-1,5 %). Der Rückgang in Sachsen ist im Wesentlichen auf eine Änderung des Berichtskreises zurückzuführen. Auch bei den Gemeinden gilt es darauf hinzuweisen, dass diese Daten die Extrahaushalte beinhalten und zudem nicht die Verschuldung beim öffentlichen Bereich beinhalten (z. B. Liquiditätshilfen vom Land, etc.).

Betrachtet man nur die Kernhaushalte, so belaufen sich die kommunalen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich auf 117,944 Mrd. Euro. Davon entfallen 47,209 Mrd. Euro auf kreisfreie Städte, 54,778 Mrd. auf kreisangehörige Gemeinden und Ämter, 15,016 Mrd. Euro auf Landkreise und 0,941 Mrd. Euro auf Bezirksverbände. Der Kassenkreditbestand liegt mit Stand 31. März 2020 bei 35,561 Mrd. Euro. 19,280 Mrd. Euro gehen auf kreisfreie Städte, 13,715 Mrd. Euro auf kreisangehörige Gemeinden und Ämter, 2,454 Mrd. Euro auf Landkreise und 0,112 Mrd. Euro auf Bezirksverbände zurück. Folgend eine Übersicht zur Gesamtverschuldung und zu den Kassenkrediten der Kommunen in den Ländern (Kernhaushalte):

Flächenländer	Kommunaler Schuldenstand zum 31.03.2020 in Mio. Euro (Kernhaushalte)	Kommunaler Kassenkreditbestand zum 31.03.2020 in Mio. Euro (Kernhaushalte)
Baden-Württemberg	5.585	402
Bayern	11.207	333
Brandenburg	1.454	561
Hessen	12.484	688
Mecklenburg-Vorpommern	1.440	381
Niedersachsen	11.978	1.730
Nordrhein-Westfalen	48.007	22.251
Rheinland-Pfalz	12.499	5.651
Saarland	3.185	1.682
Sachsen	2.222	102
Sachsen-Anhalt	2.568	1.239
Schleswig-Holstein	3.832	438
Thüringen	1.484	104
Gesamt	117.944	35.561

Die Fachserie zum Schuldenstand ist hier abrufbar: www.destatis.de (Rubrik: Themen / Staat / Öffentliche Finanzen / Schulden, Finanzvermögen).

b) Kassenstatistik 1. Quartal 2020

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat berichtet, dass nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes die kommunalen Kernhaushalte das 1. Quartal bundesweit in der Summe mit einem Minus in Höhe von -9,6 Mrd. Euro abgeschlossen haben. Ein negativer Saldo nach dem 1. Quartal ist nicht ungewöhnlich, sondern eher der Normalfall. Im vergangenen Jahr waren es zum Beispiel -4,9 Mrd. Euro und das gesamte Haushaltsjahr konnte dennoch mit einem in der Summe positiven Finanzierungsüberschuss von +4,5 Mrd. Euro abgeschlossen werden.

Dass das Minus jedoch fast doppelt so hoch im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war, kann bereits als Vorbote der Corona-Krise gesehen werden, die aber erst ab dem 2. Quartal 2020 voll durchschlagen wird. Schließlich hat das Robert Koch-Institut das Risiko der COVID-19-Pandemie für die Bevölkerung in Deutschland erst ab dem 17. März 2020 als „hoch“ bewertet, das öffentliche Leben wurde erst nach und nach danach eingeschränkt. Insofern ist der Rückgang der Gewerbesteuerereinnahmen (netto) auf 12,16 Mrd. Euro (zum 31.03.2019 waren es trotz damals noch greifender erhöhter Gewerbesteuerumlage noch 12,86 Mrd. Euro) durchaus beachtlich. Insgesamt gingen die gemeindlichen Steuereinnahmen im 1. Quartal auf 16,35 Mrd. Euro zurück (31.03.2019: 17,17 Mrd. Euro).

Auf der Ausgabenseite sind vor allem die Personalausgaben deutlich angestiegen (von 14,6 auf 15,6 Mrd. Euro), auch die Baumaßnahmen konnten nochmals deutlich gesteigert werden (von 4,1 auf 4,9 Mrd. Euro). Die Ausgaben für soziale Leistungen sind hingegen leicht zurückgegangen. Hier ist im weiteren Jahresverlauf jedoch coronabedingt mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen.

Das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt informierte bereits am 03.06.2020 (**Anlage 2**) ebenfalls über einen Anstieg des negativen Finanzierungssaldos der Kommunen im 1. Quartal 2020 (-139 Mio. Euro) gegenüber dem 1. Quartal 2019 (-74 Mio. Euro). Auch das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt verweist auf die Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Statistik, sieht diese fürs 1. Quartal 2020 aber noch nicht als eindeutig sichtbar an. Zudem wird auf die erheblichen Unterschiede zwischen den kommunalen Gruppen hingewiesen. Eine Erklärung hierfür dürfte sein, dass sich die Corona-Pandemie statistisch bei den Landkreisen im Vergleich gegenüber den Städten und Gemeinden aufgrund des Nachlaufs der Kreisumlage erst mit einer Verzögerung niederschlägt.

Anmerkung:

Deutlich wird, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie in der amtlichen Statistik angekommen sind, wenn auch erwartbar noch nicht gravierend. Jedoch geht die amtliche Statistik hier von deutlicheren Verschlechterungen im weiteren Jahresverlauf aus. Dies bestätigt die Forderung nach einem Kommunalen Rettungsschirm im **Dreiklang aus Liquiditätssicherung, Zuschüssen und haushaltsrechtlichen Anpassungen**.

KORREKTUR: Öffentliche Schulden im 1. Quartal 2020 um 3,0 % höher als im 4. Quartal 2019

KORREKTUR: Die am 30.06.2020 verbreitete Meldung muss aufgrund eines Fehlers in der Tabelle korrigiert werden. Die Korrektur ist fett hervorgehoben.

Pressemitteilung Nr. 241 vom 30. Juni 2020

WIESBADEN – Der Öffentliche Gesamthaushalt (Bund, Länder, [Gemeinden/Gemeindeverbände](#) und [Sozialversicherung](#) einschließlich aller Extrahaushalte) war beim nicht-öffentlichen Bereich (Kreditinstitute sowie sonstiger inländischer und ausländischer Bereich, zum Beispiel private Unternehmen im In- und Ausland) zum Ende des 1. Quartals 2020 mit 1 955,4 Milliarden Euro verschuldet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis vorläufiger Ergebnisse weiter mitteilt, stieg der Schuldenstand damit gegenüber dem 4. Quartal 2019 um 3,0 % beziehungsweise 56,2 Milliarden Euro. Gegenüber dem 1. Quartal 2019 stieg der Schuldenstand um 1,5 % (28,3 Milliarden Euro).

Bund erhöht Schulden um 31,2 Milliarden Euro

Die Coronakrise zeigte erste Auswirkungen auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte: Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände waren am Ende des 1. Quartals 2020 jeweils stärker verschuldet als am Ende des 4. Quartals 2019. Die Verschuldung des Bundes stieg in diesem Zeitraum um 2,6 % beziehungsweise 31,2 Milliarden Euro auf 1 220,3 Milliarden Euro an.

Schulden der Länder steigen um 23,3 Milliarden Euro

Die Länder waren zum Ende des 1. Quartals 2020 mit 602,4 Milliarden Euro verschuldet. Das entspricht einem Anstieg um 4,0 % beziehungsweise 23,3 Milliarden Euro gegenüber dem Vorquartal. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich: In Bremen stiegen die Schulden um 27,1 %, in Sachsen um 22,0 % und in Bayern um 19,5 %. Der starke Anstieg in Bremen ist vor allem durch eine Schuldenaufnahme für die Bereitstellung von Barsicherheiten für Derivate und den Aufbau von Rücklagen für den zukünftigen Ausgabenzuwachs zur Abfederung der Coronakrise begründet. In Sachsen wurden mit Blick auf zukünftige Liquiditätsengpässe vorsorglich Kassenkredite aufgenommen. Zur Bewältigung der Coronakrise wurden in Bayern 2,5 Milliarden Euro Wertpapiersschulden zusätzlich aufgenommen. Die Schuldenaufnahme des neu gegründeten Sondervermögens „Saarlandpakt“ in Höhe von 115 Millionen Euro zur Tilgung von Kassenkrediten saarländischer Gemeinden/Gemeindeverbände schlug sich in einem Anstieg der Verschuldung des Saarlandes um 1,1 % beziehungsweise 149 Millionen Euro nieder.

Rückgänge der Schuldenstände gab es unter anderem in Schleswig-Holstein (-1,4 %) sowie in Hamburg und Brandenburg (jeweils -0,7 %).

Gemeinden und Gemeindeverbände bauen 1,8 Milliarden Euro Schulden auf

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände stieg gegenüber dem 4. Quartal 2019 um 1,4 % beziehungsweise 1,8 Milliarden Euro auf 132,6 Milliarden Euro. Auch hier war die Entwicklung unterschiedlich: Die Schulden stiegen in Hessen (+4,5 %), Schleswig-Holstein (+3,7 %) und Rheinland-Pfalz (+3,1 %) besonders an. Dagegen sanken die Schuldenstände insbesondere in Sachsen (-8,7 %), Saarland (-5,3 %) und Bayern (-1,5 %). Der Rückgang in Sachsen ist im wesentlichen auf eine Änderung des Berichtskreises zurückzuführen.

Bei der Sozialversicherung gab es gegenüber dem Vorquartal einen Rückgang des Schuldenstands um rund 1 Million Euro (-1,1 %).

Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich ¹
– vorläufige Ergebnisse –

Körperschaftsgruppen/Länder	Insgesamt			Veränderung gegenüber 30.12.2019	Veränderung gegenüber 31.03.2019
	31.03.2020	31.12.2019	31.03.2019		
	in Millionen Euro			in %	
Insgesamt	1 955 358	1 899 168	1 927 098	+3,0	+1,5
Bund	1 220 278	1 189 121	1 214 241	+2,6	+0,5
Länder	602 399	579 136	581 513	+4,0	+3,6
Gemeinden/Gemeindeverbände	132 558	130 787	131 220	+1,4	+1,0
Sozialversicherung ²	123	124	124	-1,1	-0,6
Länder					
Baden-Württemberg	43 552	43 810	43 222	-0,6	+0,8
Bayern	15 444	12 927	13 787	+19,5	+12,0
Brandenburg	16 533	16 643	16 189	-0,7	+2,1
Hessen	42 382	40 474	39 970	+4,7	+6,0
Mecklenburg-Vorpommern	7 621	7 541	7 641	+1,1	-0,3
Niedersachsen	60 051	58 166	60 052	+3,2	-0,0
Nordrhein-Westfalen	177 670	170 923	178 537	+3,9	-0,5
Rheinland-Pfalz	29 686	29 832	31 247	-0,5	-5,0
Saarland	13 975	13 826	13 867	+1,1	+0,8
Sachsen	1 388	1 138	1 354	+22,0	+2,5
Sachsen-Anhalt	22 063	20 894	20 722	+5,6	+6,5
Schleswig-Holstein	30 330	30 765	30 845	-1,4	-1,7
Thüringen	14 924	14 580	14 631	+2,4	+2,0
Berlin	55 222	53 959	53 911	+2,3	+2,4
Bremen	38 172	30 041	22 610	+27,1	+68,8
Hamburg	33 387	33 618	32 928	-0,7	+1,4
Gemeinden/Gemeindeverbände					
Baden-Württemberg	8 528	8 392	7 969	+1,6	+7,0
Bayern	12 532	12 720	12 649	-1,5	-0,9
Brandenburg	1 770	1 733	1 863	+2,1	-5,0
Hessen	13 817	13 225	13 333	+4,5	+3,6

1: Einschließlich Extrahaushalte.

2: Kernhaushalte der Sozialversicherung zum Stand 31.12.2018.

Körperschaftsgruppen/Länder	Insgesamt			Veränderung gegenüber 30.12.2019	Veränderung gegenüber 31.03.2019
	31.03.2020	31.12.2019	31.03.2019		
	in Millionen Euro			in %	
Mecklenburg-Vorpommern	1 689	1 704	1 725	-0,9	-2,1
Niedersachsen	12 779	12 770	12 961	+0,1	-1,4
Nordrhein-Westfalen	52 820	51 758	51 905	+2,1	+1,8
Rheinland-Pfalz	13 439	13 037	13 127	+3,1	+2,4
Saarland	3 356	3 545	3 503	-5,3	-4,2
Sachsen	2 393	2 622	2 823	-8,7	-15,2
Sachsen-Anhalt	2 617	2 610	2 652	+0,3	-1,3
Schleswig-Holstein	4 510	4 348	4 282	+3,7	+5,3
Thüringen	2 308	2 324	2 427	-0,7	-4,9
1: Einschließlich Extrahaushalte. 2: Kernhaushalte der Sozialversicherung zum Stand 31.12.2018.					

Methodische Hinweise

Die in der vierteljährlichen Schuldenstatistik nachgewiesenen Schuldenstände können von den haushaltsmäßigen Schuldenständen abweichen.

Die Verschuldung der Länder enthält auch die empfangenen Barsicherheiten aus Derivatgeschäften der Länderkernhaushalte (zum Beispiel Nordrhein-Westfalen für das 1. Quartal 2020 in Höhe von 1 243,9 Millionen Euro und für das 4. Quartal 2019 in Höhe von 1 361,4 Millionen Euro).

Die Schulden der Kernhaushalte der Sozialversicherung wurden auf Basis des Ergebnisses zum 31. Dezember 2018 der jährlichen Schuldenstatistik mit 123 Millionen Euro fortgeschrieben.

Weitere methodische Hinweise und Daten, einschließlich der Erläuterungen zu Abweichungen der haushaltsrechtlichen Darstellung von der amtlichen Statistik, können der Fachserie 14 Reihe 5.2 "[Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts](#)" entnommen werden. Hingewiesen wird insbesondere auf den [Qualitätsbericht](#) der Fachserie.

Detaillierte Daten können über die Tabelle [Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich](#) (71311-0002) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.



Nr. 141/2018
Halle (Saale), 3. Juni 2020



SACHSEN-ANHALT

Statistisches Landesamt

Pressesprecherin

Auszahlungen für laufende Rechnung 139 Mill. EUR höher als Einzahlungen

In den Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt überstiegen im I. Quartal 2020 die Auszahlungen der laufenden Rechnung in Höhe von 1 663 Mill. EUR die verbuchten 1 524 Mill. EUR Einzahlungen. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, ergab der Finanzierungssaldo (Einzahlungen abzüglich Auszahlungen) einen Fehlbetrag von 139 Mill. EUR.

Bereits in den Vorjahren war der Finanzierungssaldo des I. Quartals negativ, d. h. mehr Auszahlungen als Einzahlungen, in 2019 mit -74 Mill. EUR jedoch weniger hoch als im Berichtszeitraum 2020 (2018: -96 Mill. EUR; 2017: -126 Mill. EUR). Laut der vierteljährlichen kommunalen Finanzstatistik veränderte sich in den vergangenen Jahren mehrfach das Bild im Verlauf eines Jahres. Dabei stiegen die Einzahlungen stärker als die Auszahlungen. In der Endabrechnung ergab sich für die Jahre 2017 bis 2019 am Jahresende jeweils ein Finanzüberschuss in der laufenden Rechnung. Eine Vielzahl von Vorgängen und Maßnahmen in diesem Zusammenhang startete im März, also am Ende des I. Quartals. In der Finanzstatistik des I. Quartals sind deshalb noch keine eindeutigen Effekte der Corona-Pandemie sichtbar.

Erhebliche Unterschiede bei den Zahlungsvorgängen zeigten sich im I. Quartal 2020 zwischen den kommunalen Gruppen. Das Finanzierungsdefizit der laufenden Rechnung der Gemeinden und Verbandsgemeinden betrug 91 Mill. EUR und war damit 33 Mill. EUR höher als im Vorjahr mit 58 Mill. EUR. Für die 3 kreisfreien Städte betrug das Defizit mit 64 Mill. EUR, 27 Mill. EUR mehr als 2019 mit 37 Mill. EUR. Einzig die Landkreise erreichten einen Finanzüberschuss. Mit 642 Mill. EUR lagen die Einzahlungen 16 Mill. EUR über den Auszahlungen von 626 Mill. EUR. Bereits im vergleichbaren Vorjahresquartal verbuchten die Landkreise einen positiven Saldo.

Aus Zahlungsvorgängen der laufenden Rechnung flossen im I. Quartal des Jahres 1 524 Mill. EUR in die kommunalen Kassen, 0,6 Mill. EUR mehr als im Vorjahreszeitraum. Darunter vereinnahmten die Städte und Gemeinden 257 Mill. EUR Realsteuern. Das waren 7,3 %, bzw. 20 Mill. EUR weniger als im Jahr zuvor. Diese Einbußen resultieren aus der Gewerbesteuer. Das Istaufkommen an Gewerbesteuer ging deutlich um 9,6 % zurück. Das bedeutet mit aktuell 194 Mill. EUR ein 21 Mill. EUR geringeres Gewerbesteueraufkommen als 2019 mit 214 Mill. EUR. Die Grundsteuern bewegten sich mit einem Anstieg von 0,4 % in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Demgegenüber stiegen die Auszahlungen der laufenden Rechnung im Zeitraum 1. Januar bis 31. März von 1 597 Mill. EUR im Jahr 2019 auf 1 663 Mill. EUR im gleichen Zeitraum 2020. Damit waren die Auszahlungen im aktuellen Berichtszeitraum

PRESEMITTEILUNG

Merseburger Str. 2
06110 Halle (Saale)

Tel. 0345 2318-702
Fax 0345 2318-913

Internet
<https://www.statistik.sachsen-anhalt.de>
E-Mail:
pressestelle@stala.mi.sachsen-anhalt.de

65 Mill. EUR höher (+4,1 %). Gestiegene Auszahlungen gab es in vielen Bereichen, z. B. für Personal und Versorgung (442 Mill. EUR) um 3,6 %, für Sach- und Dienstleistungen (199 Mill. EUR) um 5,7 %, Transferauszahlungen ebenso wie verschiedene soziale Leistungen.

Die laufende Rechnung enthält alle Zahlungsvorgänge bei denen kein Vermögen bzw. keine Vermögensveränderungen betroffen sind. Auswirkungen der Pandemie werden sich u. a. in Zahlungsausfällen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer bemerkbar machen. Demgegenüber stehen erhöhte Auszahlungen z. B. für Zivilschutz, Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel, die Umsetzung der Hygienerichtlinien in den Kitas, Schulen, Museen, Büchereien und andere kommunale Einrichtungen, für Personal oder die Ordnungsämter.

Zahlungen der laufenden Rechnung der kommunalen Kernhaushalte des Landes Sachsen-Anhalt

Bezeichnung - Landessystematik -	01.01. - 31.03.		Ver- än- de- rung	Je Ein- wohner/-in
	2020	2019		2020
	Mill. EUR		um %	EUR
Einzahlungen laufende Rechnung	1 524	1 523	0,0	692,47
davon				
Steuern und ähnliche Abgaben	267	292	-8,5	121,22
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1 011	978	3,3	459,31
sonstige Transfereinzahlungen	10	10	-7,7	4,33
weitere Einzahlungen	231	239	-3,1	105,13
Zinsen und Ähnliches	5	4	33,3	2,49
Auszahlungen laufende Rechnung	1 663	1 597	4,1	755,70
davon				
Personal- und Versorgung	442	427	3,6	200,84
Sach- und Dienstleistungen	199	188	5,7	90,47
Transfer, sonstiges für laufende Verwaltungstätigkeit	517	484	6,8	235,09
soziale Leistungen und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	318	308	3,2	144,61
Zinsen und Ähnliches	8	9	-14,8	3,47
allgemeine Zuweisungen und Umlagen, Steuerbeteiligungen	179	181	-1,1	81,22
Saldo laufende Rechnung	-139	-74	x	-63,22